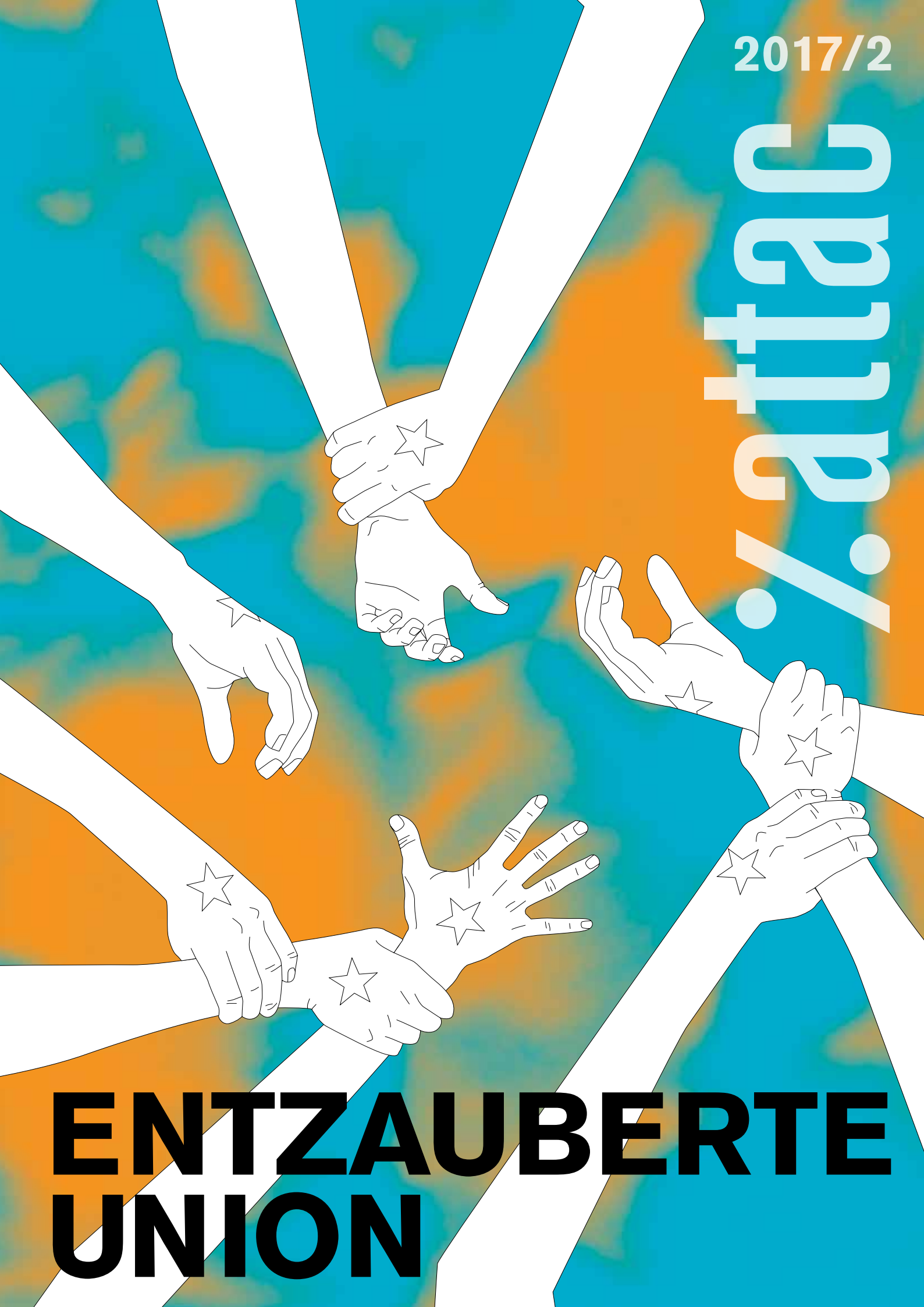


2017/2

attac



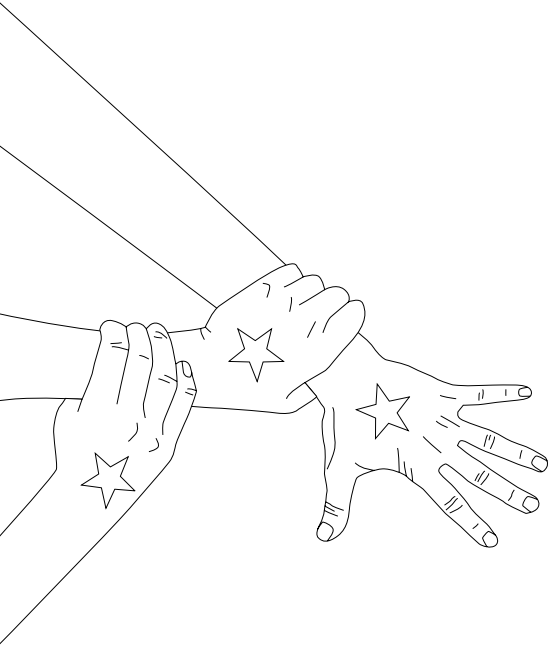
**ENTZAUBERTE  
UNION**

**Freiheit  
ist immer die Freiheit  
der Andersdenkenden.**  
Rosa Luxemburg



GEA | WALDVIERTLER Schuhe & Taschen | GEA Möbel | GEA Naturmatratzen | GEA Akademie | [www.brennstoff.com](http://www.brennstoff.com) | [www.gea.at](http://www.gea.at)

Die EU entzaubern	4
Die „soziale Idee“ der EU-Kommission: Sozialabbau als Lösung?	6
Für Demokratie kämpfen!	8
Von TTIP-Stoppen zu Anders Handeln	10
Neoliberale Wachstumslogik als Staatsziel?	12
G20 versagt auf ganzer Linie	13



## Impressum

Attac Österreich Magazin 2017/2

Attac Österreich  
Netzwerk zur demokratischen Kontrolle  
der Finanzmärkte

Margaretenstraße 166/3/25  
A-1050 Wien  
Tel: 01/544 00 10  
Fax: 01/544 00 59  
Internet: [www.attac.at](http://www.attac.at)  
E-Mail: [infos@attac.at](mailto:infos@attac.at)  
IBAN: AT552011182424891500

Grafik: Wolfgang Homola,  
Anne Lange, Zoltan Laszlo, Julia Löw,  
Christina Rittmannsperger, Klara Tolnai,  
Isabella Zieritz  
Druck: gugler\* print,  
Auflage: 4.700 Stück  
Für den Inhalt verantwortlich:  
Attac Österreich  
Fotos (wenn nicht anders angegeben):  
Attac Österreich  
Inseratenakquisition: Monika Stadler,  
Wilhelm Zwirner  
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper-  
Schmitzberger, David Walch  
Gesamtkoordination: Barbara Cäcilia  
Supper-Schmitzberger  
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, Oktober 2017

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Kritik und Alternativen zur neoliberalen EU voranzutreiben ist seit vielen Jahren ein zentrales Attac-Anliegen. In den vergangenen Monaten haben wir intensiv auch unsere eigenen Positionen diskutiert und hinterfragt. Das Ergebnis ist ein neues Attac-Buch: *„Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist.“* Es soll ein Diskussionsanstoß sein und dient auch als Vorbereitung auf eine intensive EU-Debatte im zweiten Halbjahr 2018, wenn Österreich die EU-Präsidentschaft übernimmt.

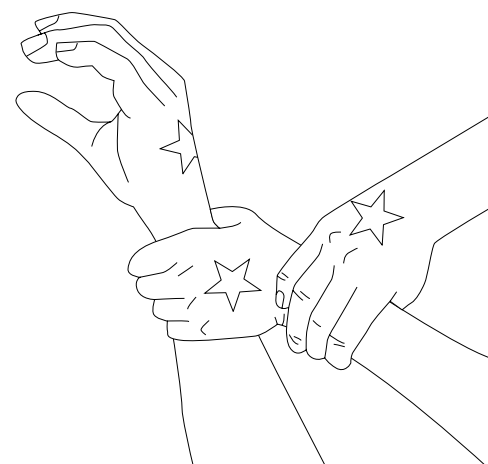
Im Bereich der Handelspolitik ist es in den letzten Monaten (allerdings nur nach außen hin) ein wenig ruhiger geworden. Der österreichische Wahlkampf hat auch das erfolgreiche Volksbegehren gegen TTIP, CETA und TiSA in den Hintergrund gedrängt. Doch CETA ist nach wie vor nicht völlig in Kraft gesetzt, dafür muss es noch in allen EU-Ländern ratifiziert werden. Währenddessen strebt die EU weitere Handelsabkommen im Interesse von Konzernen an – darunter TTIP oder Abkommen mit Japan (JEFTA), Mexiko oder China. Unser Widerstand dagegen geht sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene weiter. Zusätzlich wird es in den nächsten Monaten ein Schwerpunkt sein, grundlegende Alternativen FÜR eine gerechte internationale Handelspolitik voranzutreiben.

Mit dem besorgniserregenden Vormarsch menschenfeindlicher und repressiver Politik im In- und Ausland setzten wir uns auf der Attac-Sommerakademie 2017 unter dem Titel „Für Demokratie kämpfen! Wie wir die autoritäre Wende verhindern, Konzernmacht brechen und unsere Zukunft gestalten“ auseinander.

Weitere Texte in diesem Heft befassen sich mit dem – vorerst gescheiterten – Plan der Regierung „Wachstum, Beschäftigung und einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort“ als Staatsziele in der Verfassung zu verankern und mit dem G20-Gipfel in Hamburg.

Lasst euch den Optimismus nicht nehmen, für Pessimismus haben wir keine Zeit!

**Eine interessante Lektüre  
wünscht das Vorstandsteam  
von Attac Österreich**



neues attac-buch  
ab oktober im handel

# die EU entzaubern

Die Europäische Union steckt in der tiefsten Krise ihrer Geschichte: Mit dem Brexit tritt erstmals ein Land aus. Die Ungleichheit in Europa nimmt zu, zwischen Arm und Reich ebenso wie zwischen Regionen und Ländern. Das Wohlstandsversprechen der Europäischen Union gilt für immer weniger Menschen. Statt Integration bringt die EU heute vor allem Spaltung.

Trotz dieser tiefen Verwerfungen ist für viele Menschen das „Bekenntnis zu Europa“ ein unverrückbarer Bestandteil ihrer politischen Identität. Dabei wird nicht nur unausgesprochen die EU mit dem Kontinent gleichgesetzt. Dieses „Bekenntnis“ basiert vor allem auf dem tausendfach reproduzierten Bild der EU als Friedensprojekt und als Raum der Mobilität, Freiheit und politischen Kooperation. Wer könnte dagegen etwas haben?

Doch halten diese Bilder der Realität stand? Kann die EU tatsächlich jenes „soziale und demokratische Europa“ werden, das uns seit Jahrzehnten versprochen wird? Ist sie wirklich der geeignete politische Rahmen, um unserer Vision eines guten Lebens für alle Menschen und einem ökologisch nachhaltigen, sozial- und geschlechtergerechten und demokratischen Wirtschaftssystem näherzukommen?

## Neues Attac-Buch zur EU

Bei Attac haben wir vor zwei Jahren die Debatte zur EU neu aufgenommen. Bereits 2006 und 2009 hat Attac in *Das kritische EU-Buch* und *Wir bauen Europa neu* die neoliberale Ausrichtung der europäischen „Integration“ kritisiert und eine Vielzahl von Alternativen und Reformen vorgeschlagen. Das Projekt EU selbst haben wir dabei grundsätzlich befürwortet.

von Lisa  
Mittendrein

4

Die politischen Ereignisse der letzten Jahre haben diese Einschätzung infrage gestellt.

Einerseits verhallte der jahrelange Ruf europäischer sozialer Bewegungen nach wirtschaftlicher Neuausrichtung und Demokratisierung der EU ungehört. Andererseits hofften auch wir im Sommer 2015, dass Linke und soziale Bewegungen in Griechenland einen Kurswechsel für ganz Europa anstoßen könnten. Doch die griechische Regierung ist mit ihrem Versuch, mit der neoliberalen Kürzungspolitik zu brechen, gescheitert. Die enorme Macht, mit der sich EU-Institutionen und Regierungen gegen eine wirtschaftspolitische Alternative stellten, öffnete vielen die Augen. Auch der Druck, der bei CETA auf das kämpferische Wallonien im Herbst 2016 ausgeübt wurde, macht deutlich, dass die europäischen Eliten die neoliberale Ausrichtung der EU um jeden Preis aufrechterhalten wollen.





Während die Politik zunehmend nach rechts rückt, wird eine „andere EU“ immer unrealistischer. All das bestärkte uns darin, unsere bisherigen Positionen zu überdenken. In den letzten zwei Jahren haben wir intensive Debatten innerhalb von Attac, mit unseren Partnerorganisationen in Österreich und ganz Europa und mit Interessierten geführt. Das Ergebnis dieser ersten Neubestimmung ist unser neues Buch *Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist*, das im Oktober 2017 im Mandelbaum Verlag erscheint.

#### Warum die EU nicht zu retten...

Für Attac steht außer Zweifel, dass internationale Kooperation, Integration und Solidarität unerlässlich sind, um Wirtschaft und Gesellschaft so umzugestalten, dass ein gutes Leben für alle möglich wird. Doch die EU ist in ihrem Kern ein Raum für verschärfte Konkurrenz – sowohl zwischen den EU-Staaten als auch auf globaler Ebene. In den EU-Verträgen ist eine Politik der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung festgelegt. Diese soll nun zunehmend auch in völkerrechtlich verbindlichen Verträgen mit Drittstaaten, wie etwa TTIP und CETA, unumkehrbar gemacht werden. Diese Politik steht den Interessen der

breiten Mehrheit im Weg. Das Regelwerk ist inzwischen so eng, dass innerhalb der EU kaum mehr Raum für progressive Wirtschaftspolitik besteht. Angesichts der nötigen Einstimmigkeit im EU-Rat und der Dominanz neoliberaler Kräfte ist sowohl eine progressive Reform der EU-Verträge als auch eine alternative Wirtschaftspolitik illusorisch. Die Hoffnung, wir könnten die EU „retten“, lähmt und hindert uns daran, etwas zu bewegen.

#### ... und ein Austritt keine Lösung ist

Gleichzeitig ist eine „Rückkehr zum Nationalstaat“ oder ein Austritt aus der EU oder dem Euro keine Lösung. Rein ökonomisch betrachtet wäre ein Austritt in einzelnen EU-Ländern mit sehr unterschiedlichen Chancen und teils erheblichen Risiken verbunden. Bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen würde ein Austritt in den meisten Ländern die extreme Rechte weiter stärken: Der Brexit hat gezeigt, dass soziale Bewegungen zerrieben werden, wenn nationalistische und neoliberale Kräfte über einen EU-Austritt streiten.

Doch wenn die EU in unserem Sinne nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist – was dann?

*Entzauberte Union* soll der Anstoß für eine offene und breite Debatte zur EU sein. Das Buch gibt erste Ansatzpunkte für einen neuen Umgang mit der EU, bietet aber keine Alternative auf dem Reißbrett. Stattdessen stellen wir die Frage, wie wir handlungsfähig werden, in den Mittelpunkt.

Das Buch besteht aus drei Teilen. Zu Beginn analysieren zwölf Beiträge die Rolle der EU in verschiedenen Politikbereichen wie Agrar-, Finanzmarkt-, Flüchtlings-, Militär- oder Umweltpolitik. Im zweiten Teil folgt die politische Bestandsaufnahme: Wo stehen wir heute nach Jahrzehnten neoliberaler EU-Integration, nach Griechenland, Brexit und Rechtsruck? Wir formulieren politische Thesen zur gegenwärtigen Situation und zu den Herausforderungen der Debatte. Den zentralen, abschließenden Teil des Buches bilden Beiträge, die Handlungsperspektiven jenseits des falschen Gegensatzes „Reform oder Austritt“ aufzeigen. Sie drehen sich um Felder des Widerstands, Alternativen von unten, neue Formen der internationalen Kooperation und mehr.

Wir hoffen, dass unser Buch nicht nur die Basis für anregende politische Debatten, sondern auch Ansatzpunkte für reale politische Veränderungen bietet.



Sie erhalten *Entzauberte Union* ab Mitte Oktober im Buchhandel oder direkt bei Attac unter [www.attac.at/shop](http://www.attac.at/shop)

die „soziale idee“  
der EU-kommission:

# sozialabbau als lösung?



Mit großem Trommelwirbel hat die EU-Kommission Ende April ihr Paket zur *sozialen Dimension Europas* präsentiert. Im Vorfeld hatte Präsident Juncker die sogenannte Europäische Säule sozialer Rechte zur Top-Priorität erklärt. Sie sei womöglich „die letzte Chance, die EU wieder mit ihren Bürgern zu versöhnen“. Nach Jahren der Troika-Kürzungspolitik, der Bankenrettungen und der EuGH-Übergriffe gegen ArbeitnehmerInnenrechte durfte man gespannt sein, wie nun der Richtungswechsel aussehen soll. Was steckt drin in dem Paket?

Zunächst präsentiert die Kommission 20 Grundsätze zu Chancengleichheit, Arbeitsbedingungen und Sozialschutz. Auf den ersten Blick sieht die Liste ambitioniert aus: Frauen und Männer haben demnach das Recht auf gleiches und gerechtes Entgelt, Eltern das Recht auf angemessene Freistellungsregeln, ArbeitnehmerInnen das Recht auf einen guten Gesundheitsschutz usw. Allerdings handelt es sich bei diesen Grundsätzen erstmal nur um unverbindliche Empfehlungen. Da die Kommission ihre Gesetzesentwürfe quasi außerhalb demokratischer Kontrolle und unter starkem Einfluss der Wirtschafts- und Finanzlobbies erstellt, dürften ihre Vorschläge für „angemessenen Gesundheitsschutz“ oder „fairen Lohn“ letztlich wenig mit den Vorstellungen der EU-BürgerInnen zu tun haben.

Nur punktuell verbindet die Kommission die Grundsätze mit konkreten Gesetzesinitiativen – etwa bei der *Richtlinie zur Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben*. Dabei handelt es sich allerdings im Kern nur um eine Umbenennung der längst geplanten Richtlinie zum Elternurlaub. Ein paar freie Tage extra für frisch gebackene Väter werden rausspringen, viel mehr nicht. Eine weitere Initiative beinhaltet das Recht auf eine schriftliche Auflistung der geltenden Arbeitsbedingungen für ArbeitnehmerInnen. Das ändert allerdings an den schlechten Arbeitsbedingungen selbst wenig. Hinzu kommen vage Ankündigungen für Überarbeitungen bestehender Richtlinien und Anhörungen der Sozialpartner. Mehr Konkretes gibt es nicht.

In einem sogenannten Reflexionspapier stellt die Kommission Szenarien für die Zukunft der Europäischen Integration vor. Aufschlussreich sind vor allem die Ausführungen zu den „heutigen sozialen Realitäten“ und den „Faktoren des Wandels bis 2025“. So analysiert die Kommission, dass in der Krise zwar „viele Europäer [...] mit gleichbleibenden oder gar sinkenden Einkommen zu kämpfen hatten“ (eine unsägliche Untertreibung teilweise dramatischer Einkommensverluste), dass die Lage insgesamt im globalen Vergleich aber gut sei. Die Beschäf-

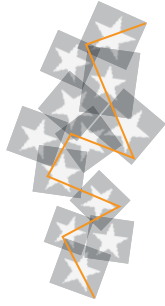
von  
Steffen  
Stierle

tigungsquoten seien gestiegen, im Dienstleistungssektor viele neue Jobs entstanden, die Jugendarbeitslosigkeit gesunken und auch um die Geschlechtergerechtigkeit sei es heute besser bestellt.

Die rasant gesunkenen Pensionen und Sozialleistungen in den Krisenländern, das unglaublich hohe Niveau, auf das die Jugendarbeitslosigkeit zuletzt leicht gesunken ist, die massiv gestiegenen Obdachlosenzahlen, die zahlreichen Privatinsolvenzen und der vielerorts immer prekärere Zugang zu lebensnotwendigen Gesundheitsdienstleistungen bleiben genauso ausgeklammert wie die Frage nach den Vergütungen und der Qualität der in den letzten Jahren entstandenen Jobs.

Letztlich ist die soziale Säule nicht nur irrelevant, sondern sogar schädlich. Die Kommission entwickelt einen Begriff des *Sozialen*, ohne das neoliberale Europa infrage zu stellen. Wie das geht? Einige Beispiele:

Zunächst ist viel von den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft die Rede. Dabei wird deren Ausmaß weit übertrieben, während zugleich Produktivitätszuwächse und steigende Beschäftigungsquoten sowie die damit einhergehende höhere Leistungsfähigkeit der Pensionssysteme



## Die Kommission verkündet knallharten Sozialabbau zur Sozialpolitik. Was die Menschen in diesem Szenario erwarten können ist kein Schutz vor den Härten des Marktes. Bestenfalls können sie darauf hoffen, besser auf ein Leben als Ware auf dem Arbeitsmarkt vorbereitet zu werden.

unterschlagen werden. So bleibt als einziger Lösungsansatz eine Erhöhung des Pensionsalters – eine faktische Pensionskürzung. Sozialabbau wird zur sozialpolitischen Maßnahme umdefiniert.

Dann wird faktenfrei ein Arbeitskräftemangel konstruiert, weswegen die Arbeitskräftemobilität erhöht werden müsse. Die Folge wäre, dass noch mehr qualifizierte ArbeitnehmerInnen aus Krisenregionen in wirtschaftlich stärkere Regionen migrieren. Dadurch fehlen in den schwachen Regionen Fachkräfte, während in den stärkeren die Konkurrenz um höher qualifizierte Jobs und damit der Druck auf die Löhne zunehmen. Ganz nebenbei werden soziale Nahbeziehungen und familiäre Solidarstrukturen zerstört.

Weiter thematisiert die Kommission die rasant steigende Zahl befristeter Stellen, von Leiharbeit, projektbezogenen Anstellungen oder Minijobs. Statt dies durch einen besseren Kündigungsschutz, eine Begrenzung der Leiharbeit usw. bremsen zu wollen, lobt sie den „Trend hin zu größerer Flexibilität“ und die „Möglichkeiten für Menschen [...] freiberuflich oder gleichzeitig in mehreren Jobs zu arbeiten“. Planungssicherheit der

Lebensentwürfe verschwindet aus dem Katalog sozialpolitischer Zielsetzungen.

Auch die anschließende Klage über sinkende Geburtenraten ist bemerkenswert. Es ist offensichtlich und durch zahlreiche Untersuchungen bestätigt, dass viele Kinderwünsche unerfüllt bleiben, weil die Menschen Angst haben, mit Kindern in die Armut abzurutschen, weil Lebenswege im Neoliberalismus nicht mehr planbar sind und die Risiken immer weiter zunehmen. Um die Geburtenrate zu erhöhen, braucht es also sichere Arbeitsverhältnisse und lückenlose soziale Sicherungssysteme. Derartige Ansätze kommen in den Reflexionen der Kommission jedoch nicht vor.

Weitere Beispiele ließen sich anführen. Die Kommission verkündet knallharten Sozialabbau zur Sozialpolitik. Was die Menschen in diesem Szenario erwarten können ist kein Schutz vor den Härten des Marktes. Bestenfalls können sie darauf hoffen, besser auf ein Leben als Ware auf dem Arbeitsmarkt vorbereitet zu werden. Das „soziale Europa“ soll umstandslos in das neoliberale Europa eingebunden

werden können. Jedoch: Was neoliberal ist, kann nicht sozial sein. Soziale Politik verdient ihren Namen nur, wenn sie darauf abzielt, Menschen vor den Märkten und jenen, die sie dominieren, zu schützen, wenn sie also anti-neoliberal ist.



*Steffen Stierle ist Ökonom mit Schwerpunkt auf Politische Ökonomie der Europäischen Integration, Attac Deutschland-Aktivist, Mitinitiator des europäischen Lexit-Netzwerks und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag.*

# für demokratie kämpfen!

**Angriffe auf demokratische Grundwerte, auf mühsam erkämpfte Menschenrechte und auf die Schwächsten der Gesellschaft nehmen zu. Angesichts der aktuellen Entwicklungen war die Demokratie der Schwerpunkt der diesjährigen Attac Sommerakademie in Ober-Grafendorf.**

In Europa und den USA ist eine menschenfeindliche und repressive Politik auf dem Vormarsch, eine autoritäre Wende zeichnet sich klar ab. Dort, wo rechte Kräfte nicht an der Macht sind, setzen andere Parteien deren Politik um. Wie sehr Menschenrechte und demokratische Grundwerte im Zuge dieser autoritären Wende bereits angegriffen werden, zeigt sich an allen Ecken und Enden. Die Europäische Union will ihre Wirtschafts- und Handelspolitik immer offener gegen den Willen der Menschen durchboxen. In Ungarn und Polen wird der Rechtsstaat gezielt ausgehöhlt und umgebaut. Und auch in Österreich gibt es viele besorgniserregende Entwicklungen: Kürzungen bei den sozial Schwächsten, mehr Überwachung, immer neue Straftatbestände, höhere Strafrahmen,

mehr Befugnisse für die Polizei, ständige Verschärfungen im Asyl- und Fremdenrecht, Beschneidungen politischer Grundrechte wie der Versammlungsfreiheit. Diese Angriffe stehen auch miteinander in einem engen Zusammenhang, denn wird die Versammlungsfreiheit eingeschränkt und die Überwachung ausgebaut, wird politischer Widerstand gegen weitere undemokratische Maßnahmen immer schwieriger.

Einen besonderen Stellenwert nimmt die autoritäre Politik aber im Asyl- und Fremdenrecht ein. Einerseits werden Feindbilder geschürt und eine eindeutig rechte Sündenbockpolitik betrieben, um von den eigentlichen Problemen und Schiefen abulenken. Geflüchtete sollen als Problem gesehen werden, nicht die Macht riesiger transnationaler Konzerne; Migration soll die große Herausforderung sein, nicht die unregulierten Banken, die seit der Krise noch größer und gefährlicher geworden sind. Andererseits werden im Asylrecht ständig grundlegende Menschenrechte ausgehebelt oder direkt gebrochen. So

von  
Ralph  
Guth



wird der jetzige Zustand des Asylrechts in Österreich und Europa schon kaum dem Menschenrecht auf Asyl gerecht. Aber auch Grundrechte wie ein faires Verfahren oder die Unschuldsvermutung bis zu einem gerichtlichen Urteil werden gebrochen: Ab diesem Herbst wird es möglich sein, einem Flüchtling den Asylstatus wieder abzuerkennen, wenn dieser nur angeklagt, noch nicht aber verurteilt wurde. Und dies ist nur ein aktuelles Beispiel der vielen, vielen Menschenrechtsverletzungen im Asyl- und Fremdenrecht. Das geht uns alle an! Denn nimmt ein demokratisch organisierter Rechtsstaat einer Gruppe von Menschen einmal Grundrechte weg und es regt sich kaum Widerstand – warum soll dieser Staat nicht bald das gleiche Recht allen entziehen? Die Menschenrechte sind unteilbar. Die TrägerInnen dieser Rechte, nämlich wir alle, sollten uns ebenfalls nicht teilen lassen in unterschiedliche Gruppen mit unterschiedlichen Rechten.





Was steckt hinter der autoritären Wende?  
Diskussion mit Lukas Oberdorfer, Elisabeth Klatzer, Barbara Stefan und Lisa Mittendrein

Menschenrechte und Demokratie sind ebenso unteilbar miteinander verbunden: Einerseits ist demokratische Selbstbestimmung ein Menschenrecht, andererseits können Menschenrechte nur demokratisch gestaltet und verwirklicht werden. Auch deswegen ist jeder Angriff auf ein einziges Menschenrecht ein Angriff auf die Demokratie.

All diese Entwicklungen stellen die repräsentative Demokratie, wie wir sie bisher kennen, vor massive Herausforderungen. Dabei ist diese real existierende Demokratie noch nicht einmal die höchste Form einer wirklich emanzipativen politischen Teilhabe. „Für Demokratie kämpfen!“ hatte für uns als Thema bei der Sommerakademie daher viele Facetten: bereits Erreichtes verteidigen, aber auch über Alternativen nachdenken und Neues einfordern.

Unsere Arbeit, wie wir wohnen, unsere Ernährung, unsere Bildung sind nur einige zentrale Bereiche unseres ganz alltäglichen Lebens, die oft weit davon entfernt sind demokratisch gestaltet zu sein. Hier gibt es noch viel zu tun und viel an Teilhabe auf Augenhöhe zu erkämpfen. Auch Klimagerechtigkeit wird nur durch demokratische Prozesse erreicht werden können, an denen alle gleichermaßen partizi-

pieren können. Selbstverwaltete Betriebe, demokratische Wohnprojekte oder gemeinwohlorientierte Genossenschaften leben diese Demokratie bereits und sind spannende Beispiele für Alternativen.

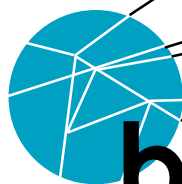
Ein anderes interessantes Feld, in dem sich viel „von unten“ tut und in Bewegung geraten ist, ist die kommunale Ebene. Ausgehend von den Erfahrungen in Madrid und Barcelona, wo es gelang aus solidarischen Netzwerken heraus Mehrheiten in den Gemeinderäten zu erkämpfen, disku-

tieren soziale Bewegungen verstärkt über die Rolle von Städten und Gemeinden in der gesellschaftlichen Transformation. Lokale Politik kann direkt am Alltag und den Erfahrungen der Menschen ansetzen und ganz konkrete Probleme lösen. Ein neues Miteinander, dort wo wir leben, kann zur Grundlage einer neuen gesellschaftlichen Solidarität werden. So ist es kein Zufall, dass die Unterstützung von Geflüchteten in diesen Städten und Gemeinden am besten funktioniert. Ein anderer Ausdruck dieses wachsenden Selbstbewusstseins der Kommunen ist auch, dass viele grundlegende Dienstleistungen wie Wasser, Strom, Abfallbeseitigung oder öffentlicher Verkehr rekommunalisiert werden. Den Menschen wird immer stärker bewusst, dass die Versorgung mit solchen Dienstleistungen am besten und effizientesten funktioniert, wenn sie demokratisch organisiert sind und nicht von profitorientierten Konzernen auf einem unregulierten Markt angeboten werden.

Und darum geht es letztlich, wenn wir für Demokratie kämpfen: um politische Teilhabe auf Augenhöhe, damit wir unser Zusammenleben gut und fair gemeinsam organisieren können.



von „TTIP STOPPEN“  
zu „anders handeln“



# globalisierung neu gestalten

Die Dynamik der Debatte über die Globalisierung hat in Europa durch den breiten Widerstand gegen TTIP und CETA an Fahrt gewonnen. Denn die neoliberale Globalisierung hat viele Schattenseiten, und die Antwort kann nicht „more of the same“ sein, sondern braucht ein Umdenken in der europäischen Handels- und Investitionspolitik. Die Prinzipien des „Alternativen Handelsmandats“, erarbeitet von zivilgesellschaftlichen Gruppen aus der EU und Ländern des globalen Südens, bieten dafür eine Grundlage. Sie rücken die grundlegenden Bedürfnisse aller Menschen und die Erhaltung der Lebensgrundlagen ins Zentrum. Solidarität, Komplementarität, Diversität, Frieden und das Wohlergehen aller Menschen sind zentrale Werte des Alternativen Handelsmandats.

## Handel muss Mittel zum Zweck sein – nicht das Ziel an sich

Die gegenwärtige Handelspolitik befeuert den globalen Wettlauf um die niedrigsten Standards und Löhne, indem sie unter anderem ArbeitnehmerInnen oder Bauern und Bäuerinnen sowie Klein- und Mittelbetriebe weltweit immer stärker in Konkurrenz zueinander setzt. So werden die Interessen global agierender Konzerne – geringe Kosten und hohe Profite – bedient. Die Auswirkungen auf lokale Wirtschaftsstrukturen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen und die Natur werden dabei ausgeblendet.

Im Alternativen Handelsmandat wird Handel als Mittel zum Zweck definiert. Handel und Handelspolitik müssen eingebettet sein in ein größeres Ganzes – mit Zielen wie die Umsetzung und der Schutz von Menschenrechten, gute Arbeit für alle, die Erreichung der UN-Klimaziele, die Sicherung der Lebensgrundlagen, die Regulierung von Finanzmärkten oder das Schließen von Steuerschlupflöchern. Demokratie, Kooperation, öffentliche Teilhabe, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter und Nachhaltigkeit sind leitende Prinzipien.

von  
Alexandra  
Strickner

TO

## Anders handeln heißt: regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

Das aktuelle Welthandelsregime und die EU-Handelspolitik geben globalem Handel Vorrang vor lokalem, regionalem beziehungsweise kontinentalem Handel. Ein Großteil des Handels findet aber vor allem dort statt. Weniger als 1 Prozent der Klein- und Mittelbetriebe in Österreich und der EU – dem Rückgrat der Wirtschaft – unterhalten Handelsbeziehungen außerhalb Europas. 80 Prozent des Handels der EU-Länder finden in Europa statt. Ein gerechtes Welthandelssystem gibt lokalem und regionalem Handel den Vorrang. Wie lokal bzw. regional Produktion und Handel sein können, ist von Produkt zu Produkt, von Sektor zu Sektor unterschiedlich und dementsprechend zu organisieren. Das bedeutet auch: Jede Region und jeder Kontinent verfügt über wirtschaftliche Strukturen für die Produktion und Bereitstellung der notwendigen Güter und Dienstleistungen zur Sicherung der Existenz. Globale Güter- und Ressourcenströme werden so verringert und eine Wirtschaft der kürzeren Wege ermöglicht – ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz.

## Anders handeln heißt: ArbeitnehmerInnenrechte und internationale Umweltnormen respektieren

Qualitative und gut bezahlte Arbeitsplätze auf der ganzen Welt sollen ermöglicht und garantiert werden. Das Erreichen der höchsten Normen und Standards wird in Handelsabkommen als Ziel definiert. Die Einhaltung von Arbeitsstandards und internationalen Umweltnormen ist dann zwingend Voraussetzung für den Abschluss von Handelsabkommen, ebenso wie Instrumente, mit denen diese durchsetzbar werden. Denn InvestorInnen und Unternehmen müssen im Falle von Regelverletzungen zur Verantwortung gezogen werden können. Der Wettbewerb um die höchsten Standards darf aber nicht zulasten der Länder des globalen Südens gehen. Hier braucht es Beratung und finanzielle Unterstützung.

## Anders handeln heißt: öffentliche Daseinsvorsorge hat in Handels- und Investitionsabkommen nichts zu suchen

Dienstleistungen der Daseinsvorsorge (z. B. Energie- und Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit) müssen vor offensiven kommerziellen Interessen geschützt werden, ebenso wie der politische Handlungsspielraum von Gemeinden und Ländern. Öffentliche Dienstleistungen und öffentliche



Auftragsvergabe haben daher in Handels- und Investitionsabkommen nichts zu suchen.

Auch stabile und sichere Finanzmärkte sind ein öffentliches Gut. Abkommen müssen so gestaltet sein, dass sie die Regulierung von Finanzmärkten durch Regierungen nicht einschränken. Handelspolitik und -abkommen müssen auch Vorgaben zur Steuerkooperation enthalten, um Steuerhinterziehung durch transnationale Konzerne zu bekämpfen.

**Globalisierung neu gestalten heißt: keine Sonderklagerechte für Konzerne**

Investitionsabkommen der EU (bzw. ihrer Mitglieder) mit Drittländern, die es Empfängerländern von ausländischen Direktinvestitionen verunmöglichen, ihren gesetzlichen Verpflichtungen (z. B. der Umsetzung von Menschenrechten) nachzukommen oder Instrumente wie Kapitalverkehrskontrollen und Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung einschränken, sollen

ersatzlos gekündigt werden. Ein zukunftsfähiges Investitionsregime stellt sicher, dass Unternehmen, die Menschenrechte verletzen oder Klima- und Umweltschutz nicht einhalten, sanktioniert und juristisch belangt werden können – auch dort, wo sie ihren Stammsitz haben.

**Eine progressive Handels- und Investitionspolitik ist demokratisch**

Handels- und Investitionsabkommen im Interesse von Mensch und Natur erfordern die breite Beteiligung aller betroffenen AkteurInnen vor und während der Verhandlungen sowie die Offenlegung aller Verhandlungsdokumente. Demokratische Legitimierung bedeutet unter anderem, dass alle Verhandlungsdokumente öffentlich sind und dass Parlamente und

Zivilgesellschaft von der Erarbeitung des Mandats bis hin zur Ratifikation beteiligt sind. Parlamente müssen auch Einfluss auf den Verhandlungslauf nehmen können.

*Die ungekürzte Version dieses Beitrags wurde am 9. Mai 2017 im Blog Arbeit und Wirtschaft der Arbeiterkammer Wien ([blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)) veröffentlicht.*

staatsziel:

# umweltschutz stärken statt neoliberale wachstumslogik festschreiben

Wagen wir ein Gedankenexperiment: Wir schreiben das Jahr 1978, an der Donau steht ein Kernkraftwerk, das die Republik entzweit. Die Regierung Kreisky will das AKW in Betrieb nehmen, aber auf Druck besorgter BürgerInnen landet das ganze vor Gericht und wird nicht – wie historisch tatsächlich geschehen – der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt. Das Gericht muss nun abwägen, welche Interessen wichtiger sind.

Geht es nach SPÖ, ÖVP und FPÖ und dem im Mai dieses Jahres vorgelegten Verfassungsgesetz über Staatsziele ist vollkommen klar, wie das Gericht entscheiden sollte: Das AKW wäre im Namen von „Wachstum, Beschäftigung und einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort“ zu genehmigen.

Die österreichische Regierung will das ‚Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung‘ um genau diese Kriterien erweitern und damit den bisherigen Sinn und Zweck dieses Gesetzes aushöhlen.

Der Hintergrund dieses Gesetzesentwurfs ist das Urteil gegen die 3.Piste am Flughafen Wien: Im Februar lehnte das Bundesverwaltungsgericht den Ausbau des Wiener Flughafens aus Umweltschutzgründen ab. Das Urteil wurde als erstes seiner Art international als großer Erfolg für soziale Bewegungen gefeiert. Doch gerade solche Entscheidungen sollen in Zukunft verhindert werden.

Die neoliberale Wettbewerbslogik soll also gleichrangig mit dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen werden. Damit wird nicht nur die Ungleichheit weiter ansteigen, sondern auch die Demokratie ausgehebelt – und zwar dauerhaft. Nachdem seit der Krise ab 2008 der Widerstand gegen vermeintliche Sachzwänge (wonach wir uns

von  
Ralph Guth  
und Carla  
Weinzierl

12

Aktion  
von Attac  
und  
System  
Change  
not Climate  
Change  
am 27.Juni  
2017

Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards nicht leisten könnten, da darunter der Standort leide und Arbeitsplätze verloren gingen) wächst, ist es zunehmend die Strategie neoliberaler Eliten, ihre Interessen in möglichst schwer zu verändernden Rechtsnormen zu verankern. Beispiel dafür sind etwa der Europäische Fiskalpakt, der Kürzungs- und Verarmungspolitik abseits der Legitimierung durch nationale Parlamente automatisiert, oder die Investitionsgerichtsbarkeit in sogenannten Freihandelsverträgen wie TTIP und CETA.

Doch Arbeitsplätze und Umweltschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein gutes Leben für alle ist nicht an Wachstum und Vollbeschäftigung geknüpft, sondern wird Realität durch eine kooperative und bedürfnisorientierte Wirtschaft, die Arbeitszeitverkürzung und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen erlaubt, sowie durch die Besteuerung von Vermögen und Reichtum, die umfassende Umverteilung und sozialen Zusammenhalt ermöglicht.

Unser Widerstand hat bisher bewirkt, dass das Gesetz nicht wie geplant noch vor der Sommerpause im Eilgang verabschiedet wurde. Wir werden uns auch in Zukunft weiter erfolgreich gegen die Einschränkung unseres politischen Handlungsspielraums wehren!



# G20 versagt auf ganzer Linie

eine andere Welt ist möglich

Die Proteste gegen den G20-Gipfel in der ersten Juliwoche in Hamburg waren medial völlig von den Ausschreitungen dominiert. Doch dieses Bild war stark verzerrt. Die Darstellung von „Chaos“ und „Gewalttagen“ delegitimierte jeden friedlichen, gerechtfertigten Widerstand.

In der Protestwoche gab es zahlreiche inhaltliche und aktionistische Proteste – völlig ohne Eskalation. Gemeinsam mit BündnispartnerInnen veranstaltete Attac Deutschland einen großen Alternativgipfel sowie die bunte und friedliche Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ mit 76.000 TeilnehmerInnen. Zu dieser Demo hatten neben Attac Deutschland 173 weitere Organisationen aufgerufen. Bei keiner dieser Veranstaltungen kam es zu Gewalt gegen Menschen oder Sachen.

Bereits im Vorfeld des Gipfels wurden die massiven Polizeiübergriffe und Einschränkungen demokratischer Grundrechte kritisiert – und zwar nicht nur von Attac, sondern auch von zahlreichen deutschen Medien, JournalistInnen, Juristen, von CDU-Politikern und ehemaligen Polizisten. Viele

BeobachterInnen sind sich einig, dass das teilweise brutale und rechtswidrige Vorgehen der Polizei vor und während des Gipfels die Spirale der Eskalation begünstigt hat.

Attac hat die Zerstörungen und Angriffe in Hamburg sofort öffentlich kritisiert und klargestellt, dass Attac damit nichts zu tun hat: „Wir lehnen Gewalt eindeutig ab: sowohl die des ‚schwarzen Blocks‘, die Repression der Polizei, als auch die strukturelle Gewalt des globalen Wirtschaftssystems, das Menschen entrechtet, verarmen und sogar verhungern lässt.“

## Die Ergebnisse des G20-Gipfels sind desaströs

Die G20 setzt weiter auf ungerechte Welthandelsregeln und die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur. Eine echte Regulierung der Finanzmärkte wird nicht einmal mehr angestrebt. Nach dem Finanzmarktcrash 2008 als Tiger angetreten, ist die G20 längst als Bettvorleger gelandet. Ihren Anspruch, das Finanz- und Steuersystem zu stabilisieren und gerechter zu gestalten, hat sie nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil: Die Kapitalmärkte wurden weiter aufgebläht, die Steueroasen inner- und außerhalb der G20 bestehen munter fort, und die Einkommens- und Vermögensungleichheit weltweit ist weiter gestiegen.

von David Walch

13

Attac beim G20: Alternativgipfel, Aktionen, Demo

Der angebliche klimapolitische Erfolg des Gipfels ist bloß ein Lippenbekenntnis von 19 der G20-Mitglieder zu einem längst beschlossenen Klimaabkommen. 80 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen gehen auf das Konto der G20, und die Folgen des Klimawandels sind für die Länder des globalen Südens bereits jetzt verheerend. Trotzdem vertreten die G20-Regierungen konsequent die Interessen der Kohle- und Automobilindustrie.

Die G20 wird ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht – und wo sie etwas hinkriegt, ist es gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen rund um den Globus. Eine global gerechte Politik ist mit der G20 nicht zu machen. Wir fordern, die Treffen der G20 abzuschaffen und stattdessen Alternativen auf der Ebene der Vereinten Nationen zu entwickeln. Eine andere Welt ist möglich!



Grüne  Erde

WIR  
VERBINDEN  
MENSCH UND  
NATUR

---

ökologisch & fair  
[www.grueneerde.com](http://www.grueneerde.com)



**SONNENTOR®**

Zugegeben,  
auch bei  
uns gibt's

**Stock-  
holder.**

Stock-Halter:  
SONNENTOR Bauer  
Andreas Schmidt

**Was soll das eigentlich?**

Seit 1988 stures Festhalten an Handarbeit, um damit im Waldviertel **Arbeitsplätze** zu schaffen? Der Verzicht auf konventionelle Vertriebswege, um damit keinem **Preisdruck** auf Kosten der Bauern ausgesetzt zu sein? Keine stillen Teilhaber, Aktionäre oder Stockholder? Erfahre mehr auf [www.sonnentor.com/gemeinwohl](http://www.sonnentor.com/gemeinwohl)

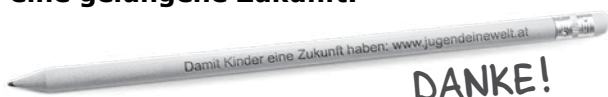


**JUGEND  
EINE  
WELT**

**EIN BLEISTIFT  
KANN DIE ZUKUNFT  
EINES KINDES  
VERÄNDERN**

Ein einfacher Bleistift entfaltet große Wirkung, wenn ein Kind damit schreiben lernt.

**Mit Ihrer Spende ermöglichen Sie Kindern den Schulbesuch und damit den Weg in eine gelungene Zukunft!**



Online spenden: **www.jugendeinewelt.at**  
Spendenkonto **AT66 3600 0000 0002 4000**



**frauen\*  
solidarität**

feministisch-entwicklungspolitische  
informations- und bildungsarbeit

**Bibliothek und Dokumentation  
Zeitschrift und Radio**

**Medien  
Frauenrechte und**

**Blieben Sie informiert mit einem Abo!**  
Vier Hefte pro Jahr: € 20,- in Österreich,  
€ 25,- im Ausland. Bestellungen an:  
abo@frauensolidaritaet.org  
www.frauensolidaritaet.org



**Bessere Welt**

Ein Themenshop aus dem ÖGB-Verlag.



**Literatur und Medien**

zu Globalisierung, Verteilungsgerechtigkeit, Ökologie und Ökonomie

Hier finden Sie Empfehlungen und Neuerscheinungen, übersichtlich thematisch gegliedert. Wir setzen uns mit politischen Diskursen, sozialen Bewegungen und Themen wie nachhaltiger und verantwortungsbewusster Produktion von Gütern und der Teilhabe daran auseinander.

Alle Online-Bestellungen im Themenshop sind innerhalb Österreichs versandkostenfrei!

[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

